

Die Linke

Ortsgruppe
Groß-Umstadt

FOKUS UMSTADT

Kommunalpolitik. Analysiert. Eingeordnet.

Ausgabe 03 · März 2026

Mit dieser Ausgabe erhält unser bisheriger Newsletter einen neuen Rahmen: **FOKUS UMSTADT**.

Wir bündeln politische Entwicklungen, ordnen Entscheidungen ein und machen transparent, wie Prioritäten gesetzt werden.

Das Format erscheint künftig regelmäßig – und bei Bedarf mit Sonderausgaben zu wichtigen kommunalpolitischen Themen.

Demokratische Verantwortung. Finanzielle Prioritäten. Maß und Richtung für unsere Stadt.

Groß-Umstadt steht wenige Tage vor einer Richtungsentscheidung.

Mit dem Haushalt 2026 wurden finanzielle Prioritäten gesetzt. Gleichzeitig haben die Debatten um demokratische Kultur, Bauentwicklung und Stadtbild deutlich gemacht, wie politische Verantwortung wahrgenommen wird.

Diese Themen hängen zusammen.

Sie zeigen, wie Entscheidungen zustande kommen.

Und sie zeigen, welches Bild wir von unserer Stadt zeichnen wollen.

Groß-Umstadt kann mehr.

Politische Einordnung: Demokratische Kultur im Wahljahr

Die Ausstellung „Demokratie stärken - Rechtsextremismus bekämpfen“ findet inzwischen im Clubraum der Stadthalle statt. Das ist richtig. Doch die politische Bewertung des gesamten Vorgangs bleibt relevant.

In einem veröffentlichten Reel hat Bürgermeister René Kirch die Durchführung als Ausdruck demokratischer Offenheit dargestellt. Gleichzeitig wurde der Eindruck vermittelt, nicht das ursprüngliche Verwaltungshandeln, sondern die öffentliche Kritik habe dem Ansehen Groß-Umstadts geschadet.

Gegen diese Darstellung haben wir interveniert.

Denn sie verschiebt Verantwortung.

Zunächst wurde eine zugesagte Ausstellung abgesagt. Es folgten Einschränkungen demokratischer Aktivitäten im Wahlzeitraum. Erst danach entstand öffentliche Kritik.

Kritik ist kein Imageschaden. Kritik ist demokratische Kontrolle.

Wer Ursache und Wirkung umkehrt, betreibt eine Täter-Opfer-Umkehr. Nicht die öffentliche Debatte hat das Ansehen der Stadt belastet - sondern der Umgang mit einer demokratischen Initiative.

Der Bürgermeister hat öffentlich erklärt:

„Es stand für mich nie zur Diskussion, dass eine Ausstellung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus gut zu unserer Stadt passt.“

Gemessen an diesem Anspruch stellt sich die Frage nach der Konsequenz im Handeln.

Die Eröffnung der Ausstellung war nicht im städtischen Veranstaltungskalender aufgeführt. Zur Eröffnung selbst erschien der Bürgermeister nicht, obwohl er kurz zuvor die Synode der Evangelischen Kirche, die ebenfalls in der Stadthalle tagte, persönlich begrüßt hatte.

Das sind keine Bewertungen, sondern Abläufe.

Demokratische Haltung zeigt sich nicht allein in Statements oder Reels. Sie zeigt sich in verlässlicher Unterstützung, klarer Kommunikation und sichtbarer Präsenz.

Worte formulieren Anspruch.

Taten schaffen Glaubwürdigkeit.

Und Glaubwürdigkeit ist die Grundlage politischer Kultur in einer Stadt. Sie entscheidet darüber, ob Vertrauen wächst - oder erodiert.

Haushalt 2026 – Politische Weichenstellung

Der Haushalt 2026 wurde von der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, BVG und Grünen gegen die Stimmen von SPD und FDP beschlossen.

Damit ist klar, welche politische Mehrheit diese finanzpolitische Linie trägt.

Zentral ist dabei die Grundsteuer.

Die Grundsteuer B wurde um 75 Hebesatzpunkte erhöht. Diese Erhöhung trifft nicht nur Eigentümerinnen und Eigentümer, sondern wirkt unmittelbar über die Nebenkosten auf Mieterinnen und Mieter.

Die Grundsteuer A, die land- und forstwirtschaftliche Flächen betrifft, wurde hingegen nicht erhöht.

Eine Einführung der Grundsteuer C, mit der für baureife, unbebaute Grundstücke ein gesondert erhöhter Hebesatz festgelegt werden könnte, um Bauland zu aktivieren und Spekulation zu begrenzen, ist nicht erfolgt.

Haushaltspolitik ist keine technische Frage. Sie ist eine politische Entscheidung über Prioritäten.

Sie zeigt, wer geschützt wird - und wer die Last trägt.

Gerade beim Wohnen werden diese Prioritäten sichtbar. Während die Grundsteuer B steigt und damit auch Mieterinnen und Mieter belastet, bleibt ein Instrument ungenutzt, das gezielt gegen Bodenspekulation wirken könnte.

Wer in einer angespannten Wohnraumsituation die Belastung über die Grundsteuer B erhöht, aber auf steuerliche Steuerungsinstrumente zur Aktivierung von Bauland verzichtet, setzt ein klares Signal. Bezahlbarer Wohnraum entsteht nicht durch Worte, sondern durch konsequente politische Entscheidungen.

So wird deutlich: Finanzpolitik ist immer auch Wohnungspolitik.

Bebauungsplan „Auf der Warth“ - Industriearchitektur am Zugang zur Stadt

Der ursprüngliche Satzungsentwurf sah im Industriegebiet (Gebiet Nr. 5) eine maximale Gebäudehöhe von 30 Metern vor.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 19.02.2026 wurde auf Antrag der SPD beschlossen, die maximale Gebäudehöhe auf 25 Meter zu reduzieren.

In der Planbegründung wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass ohne konkrete Höhenfestsetzung auch Hochregallager ohne Begrenzung zulässig gewesen wären.

Ich war bei der Sitzung anwesend und habe die Beschlussfassung verfolgt. Das offizielle Sitzungsprotokoll sowie die ausgefertigte Satzungsfassung liegen derzeit noch nicht vor. Maßgeblich ist letztlich die veröffentlichte Fassung des Beschlusses.

Der Bereich „Auf der Warth“ liegt im Südwesten der Kernstadt - direkt an der B45. Für viele Besucherinnen und Besucher ist dies der erste Eindruck von Groß-Umstadt bei der Anfahrt aus Richtung Dieburg oder Darmstadt.

Gebäude mit einer Höhe von bis zu 25 Metern - nach ursprünglicher Planung sogar 30 Metern - prägen damit sichtbar den Zugang zur Stadt.

Groß-Umstadt ist Wein- und Kulturstadt - und kein Industriefeld. Die Frage ist: Welches Bild geben wir am Stadteingang ab?

Hier geht es nicht um eine Detailregelung im Bauplan. Hier geht es um Maß, Proportion und das Selbstverständnis unserer Stadt. Solche Entscheidungen wirken über Jahrzehnte.

Präsenz vor Ort - politische Arbeit im direkten Gespräch

Unsere Infostände auf dem Marktplatz zeigen: Politik entsteht im direkten Austausch. Gespräche vor Ort machen deutlich, welche Themen die Menschen bewegen - und wo politische Entscheidungen ganz konkret wirken.

Ein besonderes Zeichen gelebter Stadtgesellschaft war das „Open Iftar“ auf dem Marktplatz. „Gemeinsam essen, Grenzen überwinden“ - so lautete das Motto. Und genau das war spürbar: Menschen unterschiedlicher Herkunft und Glaubensrichtungen saßen an einem Tisch, kamen ins Gespräch und teilten eine warme Linsensuppe - kostenlos und mit viel Engagement organisiert vom Verein *Herzen ohne Grenzen*.

Der Zusatz „Open“ steht bewusst für Offenheit und Respekt gegenüber unterschiedlichen Lebenswegen. Der Verein wurde im Oktober 2024 von 13 Frauen gegründet, die sich für gelebte Menschlichkeit einsetzen - gegen Ausgrenzung und für Zusammenhalt.

Solche Abende sind mehr als gemeinsames Essen. Sie machen sichtbar, was eine demokratische Stadt auszeichnet: Begegnung, Dialog und gegenseitige Anerkennung.

Am 27.02. wurde die Ausstellung „Demokratie stärken - Rechtsextremismus bekämpfen“ eröffnet. Wir waren bei der Eröffnung vor Ort. Die Veranstaltung war sehr gut besucht, der Raum voll, die Atmosphäre konzentriert und sachlich. Der große Zuspruch zeigt deutlich: Das Thema bewegt viele Menschen in Groß-Umstadt.

Die Beiträge unterstrichen, dass demokratische Bildungsarbeit keine Randaufgabe ist, sondern dauerhaftes Engagement erfordert.

Dass die Ausstellung stattfinden konnte, ist dem beharrlichen zivilgesellschaftlichen Einsatz des Bündnisses Bunt statt Braun zu verdanken. Mit Ausdauer und Klarheit wurde daran festgehalten, demokratische Aufklärung im öffentlichen Raum möglich zu machen. Ebenso gilt der Dank ZIBB - Frauen für Frauen e.V., dem Bund Deutscher Pfadfinder, Herzen ohne Grenzen e.V. sowie den Omas gegen Rechts. Sie alle tragen dazu bei, demokratische Werte sichtbar und wirksam zu halten.

Die große Resonanz in der Bevölkerung zeigt: Das Interesse an demokratischer Aufklärung ist da - auch dann, wenn die Veranstaltung nicht im offiziellen Veranstaltungskalender der Stadt aufgeführt war.

Bemerkenswert bleibt zudem, dass der Bürgermeister zur Eröffnung nicht erschienen ist, obwohl er öffentlich betont hatte, wie wichtig ihm diese Ausstellung sei. Gerade bei einem Thema wie dem Schutz unserer Demokratie wäre persönliche Präsenz ein starkes Zeichen gewesen.

Nach den kontroversen Diskussionen im Vorfeld wurde deutlich: Aufklärung und Dialog sind möglich - wenn Räume offengehalten werden.

Groß-Umstadt steht für Demokratie - auch dann, wenn es unbequem wird.

Solche Abende zeigen, was möglich ist, wenn zivilgesellschaftliches Engagement ernst genommen wird.

Groß-Umstadt kann mehr.

Politik entsteht im Gespräch - nicht im Verwaltungszimmer.

Unsere Termine in der Schlussphase

Infostände (jeweils 10–12 Uhr)

07.03. – Marktplatz

14.03. – Marktplatz

Wahlabend

15.03. ab 18 Uhr

Goldene Krone

Markt 7, Groß-Umstadt

Unsere Stadt steht vor einer Richtungsentscheidung.

Die Debatten um demokratische Kultur, finanzielle Prioritäten und Stadtentwicklung zeigen: Es geht nicht um Einzelaspekte. Es geht um Maß, Verantwortung und darum, wie Politik in dieser Stadt gestaltet wird.

Transparenz braucht Stimme.

Kontrolle braucht Präsenz.

Soziale Ausgewogenheit braucht Vertretung.

Am 15. März entscheidet sich, ob diese Perspektive im Stadtparlament eine Stimme bekommt.

Solidarische Grüße

Heiko Doerschel

Sprecher

Die Linke – Ortsgruppe Groß-Umstadt